



Newsletter des SPD im Kreis Friedrichshain-Kreuzberg /Ausgabe November 2013

Inhaltsverzeichnis

Kreis

- Erfolgreiche Anträge auf dem Landesparteitag
- Ein paar Fragen an... diesmal Julia Schimeta, unsere SPD- Kreisvorsitzende in Friedrichshain-Kreuzberg
- Neue Mitarbeiterin im Kreisbüro für Öffentlichkeitsarbeit

BVV

- Neue Ausschussverteilung
- Nächster BVV-Termin
- Fragen kann jeder: EinwohnerInnenanfragen an das Bezirksamt

Sonstiges

- Online-Portal für mehr Radsicherheit sammelt vier Wochen lang Hinweise von BürgerInnen
- Spendenaufruf von AWO International
- Bundesrat stimmt für rezeptfreie Pille danach

Buchtipps

1. „Kleine Geschichte der SPD Friedrichshain – Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart“
2. „Operation Göring“ – Anti-Nazi-Thriller aus Friedrichshain und Interview mit dem Autor

Termine

Kreis

Auf dem SPD-Landesparteitag am 2. November 2013 konnte unser Kreis mit seinen Anträgen Erfolge feiern. Seht im Folgenden, welche Anträge eine Mehrheit gefunden haben:

- **Energiewende zum Erfolg führen, Wertschöpfung und Beschäftigung in den Kommunen steigern – mit einem starken und gerechten EEG!**
Wir fordern den SPD-Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Verhandlungskommission auf, in den Verhandlungen mit CDU/CSU dafür zu sorgen, dass die als sozialdemokratisches Erfolgsprojekt für Arbeit, Wohlstand, Energiesicherheit und

langfristig sichere Energiepreise eingeleitete dezentrale Energiewende in einer möglichen großen Koalition fortgesetzt wird, und im Koalitionsvertrag sicherzustellen, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit seinen drei Grundprinzipien (auskömmliche Vergütungssätze, Einspeisevorrang und Planungssicherheit) erhalten bleibt und zum zentralen Instrument einer neuen Energiemarktordnung, in deren Zentrum eine dezentrale Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energie steht, weiterentwickelt wird.

- **Beobachtung der Berliner SPD durch die Staatssicherheit erforschen**

Der SPD-Landesverband Berlin vergibt anlässlich des 25-jährigen Gedenkens an den Mauerfall 2014 einen Forschungsauftrag zur Beobachtung der SPD Berlin durch das Ministerium für Staatssicherheit von 1950 bis 1989. Die Ergebnisse sollen in einer Publikation zusammengefasst werden. Das Projekt wird durch die Historische Kommission der Berliner SPD begleitet.

- **Unvereinbarkeit mit der Deutschen Burschenschaft**

Wir fordern den Parteivorstand der SPD auf, die Mitgliedschaft in Burschenschaften, die der Deutschen Burschenschaft angehören, mit einer Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für unvereinbar zu erklären.

- **Liegenschaftspolitik des Bundes nachhaltig ändern**

Das 2004 verabschiedete Gesetz über die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) muss dahingehend reformiert werden, dass künftig bei Immobilienverkäufen des Bundes vorrangig Aspekte einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik berücksichtigt werden. Es dürfen künftig nicht mehr nur fiskalische Interessen im Vordergrund stehen, sondern auch Umweltschutz, Energieeffizienz und Klimaschutz sowie wirtschaftliche Entwicklung, soziale Integration und gesellschaftliche Partizipation. Der Bund strebt daher künftig einen zielgerichteten und langfristig-strategischen Umgang mit bundeseigenen Grundstücken an, wozu auch eine Wertschöpfung durch die Realisierung wirtschafts-, wohnungs-, kultur- und stadtentwicklungspolitischer Ziele zählt. Dazu gehören die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen, die Standortsicherung für soziale Infrastruktur (Schulen, Kindertagesstätten), die Verbesserung des Klimaschutzes und der Energieeffizienz sowie insbesondere die Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums für alle Einkommensgruppen. Zur Realisierung dieser Ziele muss künftig, gerade auch im Interesse Berlins, wo noch viele Grundstücke des Bundes in zentralen Lagen verkauft werden sollen, eine Vergabe von BIMA-Liegenschaften zum Gutachterwert außerhalb eines bedingungsfreien Bieterverfahrens möglich sein.

Besteht das herausragende Interesse des Bundes an einer langfristigen Sicherung der Immobilie im Bundesbesitz oder handelt es sich aufgrund der Lage des Grundstückes um eine Fläche von besonderer Bedeutung, sollen auch Erbbaurechte vergeben werden können.

Die Weiterentwicklung der Liegenschaftspolitik des Bundes muss künftig einen langfristig-strategischen Umgang mit dem Liegenschaftsvermögen der Bundesrepublik Deutschland anhand transparenter Verfahren vorsehen. Eine langfristig-strategische Ausrichtung des Umgangs mit Liegenschaften setzt eine zukunftsorientierte Bestandsaufnahme und preisorientierte Betrachtung des Portfolios voraus. Während dieser Zeit muss ein Moratorium für die Liegenschaftspolitik des Bundes gelten. Mit Blick auf die Erneuerung der Liegenschaftspolitik des Bundes müssen auch die Gremien und die Verfahren der BIMA angepasst werden.

- **Autonome Waffensysteme international ächten!**

Die SPD lehnt die Entwicklung, Verbreitung und Verwendung von unbemannten Waffensystemen, die in der Lage sind, Ziele selbständig zu identifizieren und zu beschießen (sog. autonom agierende Drohnen) als unverantwortlich ab. Wir fordern ein sofortiges internationales Moratorium, um zu verhindern, dass die betreffenden Technologien demnächst zur Marktreife gelangen und militärisch voll einsetzbar werden. Mittelfristig

verlangen wir ein internationales Abkommen, das den militärischen Einsatz dieser Technologien ächtet. Auf nationaler Ebene wollen wir – in Abstimmung mit den anderen Mitgliedsstaaten der EU – Regulierungen herbeiführen, die verhindern, dass diese Technologien in die Hände von Privatleuten gelangen.

Wir fordern die sozialdemokratischen Abgeordneten im Deutschen Bundestag und im Europäischen Parlament dazu auf, entsprechende Initiativen einzubringen.

- **Rettet unsere Spielplätze!**

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin und des Berliner Senats und die BVV'en werden aufgefordert, für die Instandhaltung und Sanierung von Spielplätzen aus den zusätzlichen Finanzmitteln zu verwenden.

- **Aufnahme von afghanischen Ortskräften in Deutschland nach dem Abzug der Bundeswehr**

Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, bei der Bundesregierung Maßnahmen einzufordern, welche beim Abzug der deutschen Streitkräfte aus Afghanistan die persönliche Sicherheit und soziale Sicherheit aller einheimischen Beschäftigten bei der Bundeswehr und zivilen deutschen Institutionen in Afghanistan und ihrer engeren Familienangehörigen gewährleisten. Ortskräfte und ihre engeren Familienangehörigen, für die diese Sicherheit nicht durch Maßnahmen gewährleistet werden kann, die eine Perspektive im Land selbst eröffnen (etwa Beschäftigung bei deutschen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit), müssen die Möglichkeit erhalten nach Deutschland auszureisen und hier eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung mit allen rechtlichen Möglichkeiten der Teilnahme am Arbeitsmarkt erhalten. Entsprechende Integrationsprogramme sind aufzulegen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Europaparlaments werden aufgefordert, analoge Initiativen auf europäischer Ebene für die anderen Staaten anzuregen.

- **Ein paar Fragen an... diesmal Julia Schimeta, unsere Kreisvorsitzende in Friedrichshain-Kreuzberg**



Julia Schimeta, Kreisvorsitzende Friedrichshain-Kreuzberg

- Wann und wo bist Du geboren?

Ich bin am 8. Mai 1982 in Tegernsee geboren.

- Wann bist Du in die SPD eingetreten?

Im Januar 2002.

- Warum bist Du in die SPD eingetreten? Gab es einen bestimmten Anlass?

Meine Kandidatur für den Tegernseer Stadtrat, das dortige Kommunalparlament. Eigentlich war ich nur Juso-Mitglied und wollte lange nicht in die SPD eintreten ;-)

- Welche politischen Themen interessieren Dich besonders? Wofür engagierst Du Dich?
Feminismus, Frauenrechte, Antidiskriminierungspolitik, sozial gerechte Arbeitsmarktpolitik, Kampf gegen Armut, Stadtentwicklung (hier besonders bezahlbare Mieten), Familienpolitik.

- Welchen Ort magst Du besonders in unserem Bezirk?

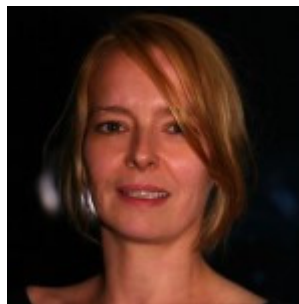
Den Annemirl-Bauer-Platz und die Modersohnbrücke, dort ist es besonders schön zum Sonnenuntergang!

- Welchen Ort im Bezirk möchtest Du anderen Menschen empfehlen?

Es gibt hier so viele schöne Orte, beispielsweise Museen wie die Berlinische Galerie oder das Friedrichshain-Kreuzberg Museum und die Clubs about blank, Rosis, Astra, Lido oder Bars wie die Paloma Bar am Kotti.

- **Neue Mitarbeiterin für Öffentlichkeitsarbeit im Kreisbüro**

Seit Anfang November haben wir eine neue Mitarbeiterin im Kreisbüro. Peggy Hochstätter wird sich in Zukunft um Presse- und Öffentlichkeitsarbeit kümmern.



Kontakt: peggy.hochstaetter@spd.de

BVV

- **Neue Ausschussverteilung**

Da Miriam Noa umzugsbedingt aus der BVV ausscheidet, Uwe Hübsch für sie nachrückt, hat die SPD-Fraktion eine neue Einteilung der Ausschüsse vorgenommen. Im Folgenden könnt Ihr sehen, wer in Zukunft in welchem Ausschuss sitzt (gilt voraussichtlich ab Januar 2014):

Sevim Aydin	Soziales, Job Center und Bürgerdienste	Wirtschaft- und Ordnungsamt	
Andreas Borchard-Klare	Soziales, Job Center und Bürgerdienste	Personal- und Haushalt* und Investitionen, Rechnungsprüfung	Eingaben und Beschwerden
John Dahl	Stadtentwicklung, Soziale Stadt und Mieten, inkl. QM	Sport	Bürgerbeteiligung und Transparenz, Verwaltungsmodernisierung und IT, Geschäftsordnung
Sebastian Forck	Stadtentwicklung,	Kultur- und Bildung	

	Soziale Stadt und Mieten, inkl. QM		
Andy Hehmke	Schule	Jugendhilfe	
Peggy Hochstätter	Umwelt, Verkehr, Klima, Immobilienservice	Eingaben und Beschwerden	Spielplatzkommission Klimarat
Uwe Hübsch	Wirtschaft- und Ordnungsamt	Integration	
Johannes Keil	Schule	Bürgerbeteiligung und Transparenz, Verwaltungsmodernisierung und IT, Geschäftsordnung	
Anita Leese-Hehmke	Integration	Gesundheit und Inklusion	
Anja Möbius	Stadtentwicklung, Soziale Stadt und Mieten, inkl. QM	Gesundheit und Inklusion	
Tessa Mollenhauer-Koch	Personal- und Haushalt* und Investitionen, Rechnungsprüfung	Frauen, Gleichstellung und Queer	
Max Putzer	Umwelt, Verkehr, Klima, Immobilienservice	Frauen, Gleichstellung und Queer	Kultur- und Bildung
Frank Vollmert	Sport	Jugendhilfe	

- **Nächster BVV-Termin**

Die nächste öffentliche Sitzung der BVV findet am Mittwoch, 27.11.2013 im BVV-Saal, Rathaus Kreuzberg, Yorckstr. 4-11, 10965 Berlin statt. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die BesucherInnentribüne befindet sich in der 2. Etage.

- **Fragen kann jeder: EinwohnerInnenanfragen an das Bezirksamt**

Übrigens: Alle BürgerInnen, die ihren Wohnsitz, ihren Arbeitsplatz oder ihren Ausbildungsplatz im Bezirk haben, können in jeder ordentlichen Sitzung der BVV Mündliche Anfragen an das Bezirksamt richten. Die Fragen müssen einen bezirklichen Bezug haben und dürfen sich in max. drei Einzelfragen aufgliedern. Es dürfen zwei mündliche Zusatzfragen gestellt werden.

Für die Behandlung der EinwohnerInnenfragen stehen in jeder Sitzung 30 Minuten zur Verfügung. Die Beantwortung erfolgt in der Reihenfolge des Einganges. Die FragestellerIn muss persönlich anwesend sein. Fragen, die während der zur Verfügung stehenden Zeit nicht beantwortet werden können, werden vom Bezirksamt innerhalb von zwei Wochen schriftlich beantwortet.

Einwohnerfragen müssen spätestens zwei Werktage vor der jeweiligen Sitzung der BVV bis 10 Uhr schriftlich bei der Vorsteherin eingereicht werden.

Die Anschrift lautet: Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain – Kreuzberg von Berlin,

Vorsteherin Frau Kristine Jaath, Yorckstraße 4 –11, 10958 Berlin, Fax: 030/902982800, Email: bvv-fk@ba-fk.verwalt-berlin.de.

Sonstiges

- **Online-Portal für mehr Radsicherheit sammelt vier Wochen lang Hinweise von BürgerInnen**
Seit dem 12.11. ist für nun vier Wochen eine neue Internetseite der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung online, auf der RadfahrerInnen Gefahrenstellen melden können. Wo entstehen häufig Konfliktsituationen durch abbiegende PKW oder LKW? Wo fühlt man sich auf dem Rad besonders unsicher? Dies alles kann dort vermerkt werden. Gerade in unserem Bezirk ist das Radfahren besonders beliebt – doch auch immer wieder sehr gefährlich! Im vergangenen Jahr verunglückte alle zwei Stunden ein Radfahrer in Berlin, 35% der Menschen, die bei Unfällen ums Leben kamen, waren mit dem Rad unterwegs. Also, mischt Euch ein! Der Senat will die 20 Kreuzungen, die am häufigsten gemeldet werden, besonders intensiv prüfen. Das ist ja zumindest ein Anfang!
Bis 10. Dezember ist www.radsicherheit.berlin.de geschaltet.
- **Spendenaufruf von AWO International**
Der Wirbelsturm Haiyan hinterlässt gewaltige Zerstörungen auf den Philippinen. Allein in der Provinz Leyte sind nach Angaben der Behörden mindestens 10.000 Menschen ums Leben gekommen. In der Küstenstadt Tacloban sind 80 Prozent der Gebäude zerstört, ganze Landstriche wurden verwüstet. Millionen Menschen sind dringend auf Hilfe angewiesen. AWO International hat umgehend 20.000 Euro aus dem Nothilfefonds zur Verfügung gestellt und wird gemeinsam mit der Partnerorganisation HelpAge Soforthilfemaßnahmen in den betroffenen Gebieten durchführen, um den Menschen in Not zu helfen. Dringend benötigt werden Nahrungsmittel, Medikamente, Wasser, Zelte und Material für Notunterkünfte. In der ersten Phase sollen etwa 95.000 Menschen erreicht werden.
AWO International ruft zu Spenden auf, um den betroffenen Menschen auf den Philippinen zu helfen.
Spendenkonto AWO International
Stichwort "Taifun Haiyan"
Spendenkonto 10 11 12
Bank für Sozialwirtschaft BLZ 100 205 00
- **Bundesrat stimmt für rezeptfreie Pille danach**
In seiner Plenarsitzung am 8. November hat der Bundesrat einer Änderung der Arzneimittelverschreibungsverordnung mit Auflagen zugestimmt. Zukünftig sollen Apotheken nach einer Beratung die Abgabe der Pille danach ohne ärztliche Verschreibung verkaufen dürfen. Hiermit will die Länderkammer einen niedrighschwelligigen und schnellen Zugang zu Medikamenten ermöglichen, die eine ungewollte Schwangerschaft verhindern. Der Bundesrat verwies in seiner EntschlieÙung auf die Erfahrungen anderer europäischer Länder, wo das Arzneimittel seit längerem ohne Rezept erhältlich ist. Die Zahl der

Schwangerschaftsabbrüche sei dort gesunken. Zudem hätten Studien belegt, dass die Rezeptfreiheit nicht zu einer Zunahme von riskantem Sexualverhalten geführt habe. Die künftige Bundesregierung muss nun über die Forderung des Bundesrates entscheiden.

Buchtipps

1.



Klaus Wowereit und Sven Heinemann präsentieren die "Kleine Geschichte der SPD Friedrichshain"

„Kleine Geschichte der SPD Friedrichshain – Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart“ von Sven Heinemann, Christoph Kamissek, Helmut Strauss, Henry Marx, Karl-Heinz Büchner, Heidemarie Büchner, Juliane Schulz u.a., 1. Aufl. 2013, 120 Seiten, 5 Euro (Schutzgebühr, mit Versand 7 Euro).

Das Buch ist der erste Versuch, die Geschichte der SPD im Berliner Bezirk Friedrichshain von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart aufzuarbeiten. Zahlreiche Mitglieder der SPD in Friedrichshain haben Kapitel zu diesem interessanten Werk beigesteuert. Dazu konnten erstmals auch umfangreiche Akten des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR ausgewertet werden. Ergänzt wird das Buch durch Gastbeiträge, etwa zur Entwicklung der Arbeiterwohlfahrt. Zudem wird das Leben des ehemaligen SPD-Vorsitzenden und späteren Reichspräsidenten, Friedrich Ebert, mit seiner Familie in Friedrichshain beleuchtet. Mit der „Kleinen Geschichte der SPD Friedrichshain“ bringen die Autoren die Entwicklungsgeschichte und das Selbstverständnis der Sozialdemokratie in Friedrichshain auf wissenschaftlicher Grundlage einer breiten Öffentlichkeit nahe. Eine Zeittafel und zahlreiche Abbildungen (teils erstmals veröffentlicht) sowie Hintergrundinformationen und Zeitzeugenberichte ergänzen die Gesamtdarstellung.

Mit Grußworten von Egon Bahr und Jutta Limbach.

Bezugsquelle: Sven Heinemann, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, SPD-Fraktion, Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel.: 030 2977 0115, Fax: 03221 2320 525, Email: sven.heinemann@spd.parlament-berlin.de

2.



„Operation Göring“, Anti-Nazi-Thriller aus Friedrichshain von Michael Knox, Berlin 2013, als E-Book erschienen (ISBN 978-3-7309-5738-7), für 3,99 Euro erhältlich bei bookrix, amazon, thalia oder itunes. Von jedem verkauften Exemplar fließen 25% des Erlöses in Projekte für den Ausstieg aus dem Rechtsextremismus.

Das Debut von Michael Knox ist ein schneller Thriller. Kurzweilig, schnörkellos, journalistisch knappe Sprache. Das Thema ist hochaktuell: Nazi-Terror aus dem Untergrund. Hier hat der Neonazi-Terror enge Verbindungen zu einer rechtsradikalen Partei. Die Fiktion bei Knox weckt schlimme Befürchtungen für die politische Realität: Die reale Verbindung von NSU und NPD wäre ein Skandal erster Klasse in der Bundesrepublik.

In „Operation Göring“ geraten zwei Journalisten in die Schusslinie der Neonazis, da sie die Verbindungen zwischen terroristischem Untergrund und der pseudodemokratischen Nazi-Partei aufdecken. Der Held der Geschichte ist Martin Schmidt, versoffener Sportjournalist einer Berliner Tageszeitung, ein klassischer Anti-Held, enttäuscht vom Leben, ziellos, bierselig. Er trägt es mit Selbstironie und Fußball-Glotzen. Schmidt gerät ins Visier der Neonazis, als er die Recherchen seiner ermordeten Kollegin weiterführt. Vor den Neonazi-Killern flüchtet er zur militanten Antifa, die mit ihm einen großangelegten Anschlag auf die Hauptstadt vereitelt. Seine drei neuen Kollegen sind ein kampferprobter Ex-Soldat, ein geschichtskundiger Drogen- und Waffendealer und eine schweigsame Hackerin, die es Martin angetan hat. Diese Charaktere sind auf ihre Art sympatisch desillusioniert – Produkte einer langsam aussterbenden Kultur des alternativen Berlins in Friedrichshain und der ehemaligen DDR, in der alternatives Leben nur unter staatlicher Repression möglich war.

Knox ist es gelungen, mit „Operation Göring“ einen Thriller mit politisch-historischem Tiefgang zu schreiben, den man nicht aus der Hand legen kann – bis zum blutigen Ende.

Michael Knox, Jahrgang 1974, hat in Berlin und Edinburgh Geschichte und Physik studiert, lebt heute in Berlin-Friedrichshain und arbeitet als freier Journalist für verschiedene deutsch- und

englischsprachige Zeitungen und Magazine. Für sein erstes Buch hat er laut eigener Aussage „ca. 200 Abende à vier Bier investiert“.

Wir haben ihn zu einem Interview getroffen:

SPD: Herr Knox, in Ihrem Thriller geht es heftig zur Sache: Neo-Nazis sterben dort wie die Fliegen. Ist das Buch ein Aufruf zur Gewalt gegen Rechts?

Knox: Nein. In jedem Thriller sterben Menschen. Und diese Bücher sind ja auch keine Aufforderung an den Leser, Drogendealer, Waffenhändler oder fremde Mächte zu bekämpfen.

SPD: Sie behaupten in „Operation Göring“, dass die DDR Schuld an dem hohem Zulauf bei den Rechtsextremisten im Osten ist. Ist das nicht zu einfach?

Knox: Das ist gar nicht einfach: Die SED-DDR hatte keine Aufarbeitungskultur wie in der BRD. Zudem führte laut SED-Parteidoktrin ausschließlich der krieglüsterne Kapitalismus in den Nationalsozialismus. Diese monokausale Erklärung des NS sprach später alle DDR-Bürger von den Verbrechen der NS und dem Mitläufertum frei. Praktisch. Die kapitalistischen Faschisten saßen ja in der BRD. In der DDR wurde dann lediglich eine Ideologie durch die nächste ersetzt. Freies Denken, Forschen, Diskutieren, Streiten war verboten.

SPD: Was hat das mit dem heutigen Rechtsextremismus zu tun?

Knox: Das NS-Gedankengut wurde in der DDR stärker konserviert als in der BRD. Dazu kommt der offene Antisemitismus und Antizionismus der DDR-Führung: weil sich die BRD seit ihrer Gründung um einen Ausgleich mit Israel bemühte, musste die DDR mit einer Trotz-Strategie dagegen halten. Das ging soweit, dass die DDR Arafats PLO mit Geld, Waffen und Terrortraining unterstützte. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit sind im Osten stärker ausgeprägt als im Westen, obwohl dort viel weniger Ausländer leben.

SPD: Das belegen Statistiken und eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ihr Lösungsvorschlag?

Knox: Zwangseinweisung.

SPD: Im Ernst?

Knox: Neo-Nazis sind überwiegend ungebildet und unterqualifiziert. Bei den Doofen – politisch korrekt: bildungsfernen Schichten – ist aber Hopfen und Malz verloren. Der Bildungssektor hat hier bei der Qualifikation und Wertevermittlung versagt; Jobs gibt es in den ländlichen Regionen des Ostens zu wenig. Wir sollten arbeitslose Jungs aus Meck-Pomm oder Sachsen-Anhalt nach Bayern oder Baden-Württemberg vermitteln, wo der Arbeitsmarkt funktionier – Kinderlandverschickung für potenzielle Neonazis inklusive streng katholischer Fortbildung. Das wäre doch mal ein toller Antrag für die nächste SPD-Sitzung!

SPD: Mal sehen, ob das die nächste Tagesordnung hergibt... Vielen Dank für das Gespräch.

Termine

19.11.2013, 19.30 Uhr: AK Bau im Rathaus Kreuzberg, Yorckstr. 4-11, Raum 1049, 10965 Berlin.

20.11.2013, 14 Uhr: Politisches Café im Kreisbüro, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin.

19 Uhr: AfA-Treffen im AWO-Café, Oranienstr. 69.

19 Uhr: die Jusos tagen im Kreisbüro, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin.

26.11.2013, 19.30 Uhr: Abt. 12/Abteilungssitzung , „Drittes Ohr“, Matternstr. 14, 10249 Berlin.

19.30 Uhr: Abt. 8/Funktionärssitzung im AWO-Café, Oranienstr. 69.

27.11.2013, 14 Uhr: Politisches Café. Kreisbüro, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin.

17.30 Uhr: Öffentliche Sitzung der BVV Friedrichshain-Kreuzberg im BVV-Saal, Rathaus Kreuzberg, Yorckstr. 4-11, 10965 Berlin. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die BesucherInnentribüne befindet sich in der 2. Etage.

19 Uhr: AsF-Sitzung, Kreisbüro, Wilhelmstr. 140.

28.11.2013, 19.30 Uhr: Abt. 13/Abteilungssitzung, „Driss im Wunderland“, Sonntagstr. 26, 10245 Berlin.

29.11.2013, 17.30 Uhr: Gedenkveranstaltung zum 1. Todestag von Klaus Schütz, ehemaliger Regierender Bürgermeister von Berlin. Die SPD Berlin, die SPD Charlottenburg-Wilmersdorf und die Historische Kommission laden gemeinsam in den BVV-Saal im Rathaus Wilmersdorf, Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin ein. Mit dabei: Jan Stöß, Landesvorsitzender SPD Berlin, Christian Gaebler, Kreisvorsitzender SPD C.-W., Siegfried Heimann, Vorsitzender der Historischen Kommission, Walter Momper, Regierender Bürgermeister a.D. und Brigitte Grunert, Journalistin Tagesspiegel. Anmeldung bis zum 25.11.2013 unter Tel.: 030 46 92 222, per Fax 030 46 92 164, per Mail zielgruppe.berlin@spd.de oder im Internet www.spd-berlin.de/gedenken-an-klaus-schuetz .